

Umweltpolitik

Verlauf der Umweltpolitik:

1972: Stockholm, UN-Konferenz über die Umwelt des Menschen → Beginn der internationalen Umweltpolitik

1987: Toronto, Übergang von der naturwissenschaftlichen Bestandsaufnahme zur politischen Diskussion über Maßnahmen zum Eindämmen des Treibhauseffektes → "Brundtland-Kommission" 1988: Intergovernmental Panel on Climate Change, eines der einflussreichsten Expertengremien der Welt

1992: Klimarahmenkonvention Ziel: Stabilisierung der Treibhauskonzentration in der Atmosphäre auf dem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimawandels verhindert wird

Ziele der EU-Umweltpolitik:

Erhaltung und Schutz der Umwelt, sowie Verbesserung ihrer Qualität

Schutz der menschl. Gesundheit

Umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen

Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zu Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme

Prinzipien der Umweltpolitik:

Verursacher Prinzip:

Wer für die Entstehung des Schadens verantwortlich ist, muss auch dafür zahlen (z.B. Steuern)

Vermeidung von evtl. Umweltbelastung (Verursacher muss grundsätzlich für alle Kosten aufkommen, die in der Vermeidung und Beseitigung von Umweltbelastungen anfallen)

Gemeinlastenprinzip:

Greift wenn Verursacherprinzip nicht mehr funktioniert

Die Erhaltung der Umwelt liegt im Interesse aller, daher soll sich die Allgemeinheit an den Kosten beteiligen

Das Prinzip gilt besonders, wenn der Verursacher nicht bestimmbar ist oder dem Verursacher die Kosten nicht zumutbar sind

Kooperationsprinzip:

Jeder soll sich der Umwelt verpflichtet fühlen und durch freiwillig erbrachte Leistungen Schaden abwenden (Bsp.: Batterienrückgabe, Altpapierrückgabe)

Vorsorgeprinzip:

Vorrasschauendes Handeln, das der Entstehung möglicher Umweltbeeinträchtigungen entgegenwirkt

Das Konzept der Nachhaltigkeit:

Ausgangspunkt der weltweiten Diskussion um das Konzept der Nachhaltigkeit → "Brundtland-Kommission" 1987, Bericht: "Unsere gemeinsame Zukunft"

Mit Verabschiedung der Agenda auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in rio- und der damit einhergehenden Gründung der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung erreichte die Diskussion 1992 ihren politischen Höhepunkt → wichtiger Impulsgeber für die Ausbreitung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien

Grundanliegen: zukünftige Generationen dürfen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen nicht schlechter gestellt werden, als gegenwärtige Generationen
3 unterschiedl. Problemdimensionen, die es bei der Verfolgung der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen gilt → ökonomische, ökologische und soziale Dimension von Nachhaltigkeit, die Dimensionen hängen zusammen und verstärken sich wechselseitig, es ist jedoch schwierig alle drei Kriterien gleichermaßen zu erfüllen(Dreieck)

Ökonomische Dimension:

Konzentration auf langfristige Erträge, die aus der Nutzung vorhandener Ressourcen erwachsen
Grenzt sich von Logik stetigen WW ab, die auf kurzfristige Gewinne setzt
Quantitatives Wachstum bleibt erforderlich, um der chronischen Unterversorgung in den ärmeren Ländern entgegenzuwirken

Ökologische Dimension:

Betont schwer fassbaren Wert an sich
Nachweisbare Endlichkeit der natürl. Ressourcen(wirtschaftliche Notwendigkeit Naturkapital zu erhalten, Sicherung der ökologischen Bedingung des menschlichen Überlebens)
Ökologische Kosten von Produktion und Konsum sind zu berücksichtigen

Soziale Dimension:

Frage der Verteilungsgerechtigkeit bzgl. Zugang zu Chancen und Ressourcen, sowohl innerhalb einzelner Länder und Gesellschaften, als auch im globalen Verteilungskonflikt zwischen den reichen Industrieländern und den armen Schwellen- und Entwicklungsländern
Gleichberechtigung für Männer und Frauen
Ziel: Befriedigung der Grundbedürfnisse für heutige und zukünftige Generationen

Prinzipien:

Effizienz: Wirkung, Wirksamkeit
Suffizienz: Zurückhaltung, internationaler Konsumverzicht
Konsistenz: Kreislauffunktion(Bsp. Recycling)
Korrespondenz: Nachfrage steuert Angebot

Menschenbilder:

Homo oeconomicus:

Kennt nur ökonomische Ziele, rationales Verhalten, Streben nach dem größtmöglichen Nutzen(Nutzenmaximierung)
Vollständige Kenntnis seiner wirtschaftl. Entscheidungsmöglichkeiten und deren Folgen, sowie vollkommene Information über alle Märkte und Eigenschaften sämtlicher Güter → vollständige Markttransparenz
Das Ideal des H.O. dient dazu, wirtschaftl. Zusammenhänge in der Theorie durchsichtig und ohne praktische Unzulänglichkeiten beschreiben zu können

Homo sustinens:

Menschenbild entworfen auf der Grundlage der Prinzipien der Nachhaltigkeit
Wegführen von der Fixierung auf eigennutzorientierte und nicht-nachhaltige Handlungsweisen von Menschen
Handelt so, dass spätere Generationen auch noch leben können

Neoklassische Umweltökonomie:

Umwelt als wirtschaftl. Gut
Nutzenoptimierung/wirtschaftl. Nutzen → Homo oeconomicus
Marktwirtschaftl. Anreize → Ordnungsrecht als letztes Mittel

Ökologische Ökonomie:

Natur: Wert an sich
Nachhaltigkeitsorientiert
Standard-Preis-Ansatz
Transdisziplinärer Ansatz (für komplexe Aufgaben reicht ökonomische Methode nicht aus, Erkenntnisse der Nachbardisziplinen, z.B. Gesellschaftswissenschaften, müssen zu Analyse mit einbezogen werden)

Neue Umweltökonomie:

Entstehungsgrund: Übernutzung der Ressourcen und die Freisetzung von Schadstoffen
Synthese zw. Neokl. Umweltökonomie und ökol. Ökonomie
Nachhaltigkeit → Zielorientierung der Politik
Transdisziplinärer Ansatz (für komplexe Aufgaben reicht ökonomische Methode nicht aus, Erkenntnisse der Nachbardisziplinen, z.B. Gesellschaftswissenschaften, müssen zu Analyse mit einbezogen werden)
Nachhaltige wirtschaftl. Entwicklung = Steigerung der Ressourcenproduktivität
> Steigerung des wirtschaftl. Wachstums

Klimawandel

Kohlenstoffkreislauf:

Kohlenstoff: eine Grundsubstanz allen Lebens → an sich kein Schadstoff
Pflanzen nehmen Kohlendioxid und Wasser auf und produzieren mit Hilfe von Sonnenenergie Sauerstoff und Traubenzucker
Andere Organismen und die Industrie nehmen Sauerstoff auf und geben Kohlendioxid ab

Treibhauseffekt:

Erwärmung der Erde durch Treibhausgase, die die Wärmerückstrahlung von der Erdoberfläche in das Weltall vermindern und die entsprechende Energie in der Erdatmosphäre speichern
Durch den natürlichen Treibhauseffekt liegt die Durchschnittstemperatur bei ca. 19°C und macht somit das Leben auf der Erde erst möglich, ohne ihn läge die Temperatur bei -18°C
Der anthropogene Treibhauseffekt ist der vom Menschen verursachte Treibhauseffekt, der durch die vermehrte Ausschüttung von Treibhausgasen entsteht
Treibhausgase: Kohlenstoffdioxid, Methan, FCKW, Lachgas, Ozon, Distickstoffoxid, Lösungsdämpfe
Vorkommen: Abgase, Industrie, künstliche Düngung, Heizung,...

Verursacher:

1. USA (24,1%)
2. China (14,6%)
3. ehem. UDSSR (9,4%)
4. Japan (5%)
5. BRD (3,6%)

Folgen:

erhebliche Gefahren auf allen Gebieten durch schnelle Erderwärmung (seit 1875 Erhöhung um 0,7°C)

Schmelzen der Polarkappen → Meeresspiegelerhöhung → Überflutungen
Gletscherschmelze
Verschiebung der Klimazonen
Schädlingsverbreitung → Krankheitsrisiko steigt
Verschwinden von Pflanzen- und Tierarten
Auftreten von Naturkatastrophen (Hurricanes, Tsunamies, Hitzewellen,..)
Länder, die nicht auf die Veränderungen vorbereitet sind, werden stärker geschädigt(Entwicklungsländer) Verdopplung des Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes bis 2050

Lösungsmöglichkeiten:

Umgestaltung der Stromversorgung(Einsetzung von regenerativen Energie: Wasser, Wind, Gezeiten, Sonne, Erdwärme, Biomasse und Fernwärme)
Steigerung der Energieeffizienz(Abschaffung von stand-by Schaltern)
Umgestaltung des Verkehrsystems(Maut, Steuern, Autofreie Zonen)
Recycling, Herstellung von Produkten selbst muss umweltfreundlicher gestaltet werden
Vorgaben(Kontrollen)
Interdisziplinäre Zusammenarbeit(z.B. von Boden-und Wasserexperten)
Internationale Zusammenarbeit(Global Governance)
Einbeziehung des Flug-und Schiffsverkehrs

Instrumente:

Nicht fiskalische:

Ordnungsrecht(Gebote, Verbote)
Kontrollen
Haftungssummen, Bußgelder

Fiskalische:

Umweltlizenzen, Umweltzertifikate
Umweltabgaben(z.B. Ökosteuern, Kfz-Steuer)
Subventionen
Kyoto-Protokoll

Marktorientierte:

Freiwillige Auflagen durch Unternehmen
Branchenvereinbarungen

Kyoto -Protokoll:

1997 Konferenz in Kyoto-→Ziel: Abkommen zu schaffen, dass den industrialisierten Teil der Erde verpflichten würde, die Emissionen an Treibhausgasen zu beschränken
Verpflichtet Industriestaaten für die Jahre 2008-2012, die Emissionen des sechs Treibhausgase um etwa 5% im Vergleich zum Stand von 1990 zu reduzieren
Bei Nicht-Einhaltung drohen Sanktionen
5% sind Durchschnittswert, manche Länder müssen stärker reduzieren, manche nicht
Norwegen(1%), Island(10%), Australien(8%) ist es erlaubt, ihre Emissionen zu erhöhen
Russland, Ukraine, Neuseeland können den Stand halten(Russland hat Emissionen auf Grund einer wirtschaftl. Krise schon verbessert)

Emissionshandel:

Industrieländer handeln untereinander mit Emissionsrechten (Emissionszertifikate), genau festgelegt
Reduziert ein Land mehr, kann es überschüssige Emissionsrechte an ein anderes Land verkaufen, das nicht geschafft hat, sein Reduktionsziel zu erreichen, der Käufer kann sich seine Lizenzen als eigene Emissionsreduktion gutschreiben
Meist bietend verkauft, der Preis bestimmt der Markt, großes Angebot an

Emissionsrechten → niedriger Preis

Industrieländer werden eher Emissionsrechte einkaufen, anstatt die Emissionen zu reduzieren, indem sie umweltfreundlichere Maßnahmen ergreifen → vermindert Klimaschützende Wirkung des Kyoto -Protokolls und verhindert außerdem wirksame Investitionen und Innovationen für eine klimafreundlichere Wirtschaft in den Industrieländern

Joint Implementation:

Wenn ein Industrieland in einem anderen Industrieland ein Klimaschutzprojekt durchführt, bzw. finanziert, kann es sich die daraus resultierenden Emissionsminderungen in Form von Minderungszertifikaten auf sein Reduktionsziel anrechnen lassen
Dadurch werden Emissionsreduktionen erst da durchgeführt, wo sie am billigsten sind

Clean Development Mechanism:

Ermöglicht einem Industriestaat, Emissionskredite zu erwerben, indem er Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen in Entwicklungsländern finanziert, die keine Emissionsziele haben
Hilfe für Entwicklungsländer, durch Technologietransfer wird geholfen, eine klimafreundliche Wirtschaft aufzubauen

Kritik:

Reduktionsziele nicht weit genug gefasst
Umsetzung des Protokolls führt zu hohen Kosten
Keine Sanktionsmechanismen
Größten Emittenten (USA, China..) unterstützen Protokoll nicht

Ordnungsrecht:

Gebote+ Verbote
Strafen+ Bußgelder
Zwangsscharakter
Etwa 90% der Umweltpolitik basiert auf dem Ordnungsrecht
Unverzichtbar, wenn es um die unmittelbare Gefahrenabwehr geht

Ökosteuer:

Mengensteuer auf Energieverbrauch bzw. auf umweltschädliches Verhalten
Senkung der Lohnnebenkosten
Förderung von Beschäftigung und Belohnung von umweltfreundlichem Handeln
Marktwirtschaftl. Instrument moderner Technologie -und Industriepolitik
Senkung der Sozialabgaben
In zeitlich vorgegebenen Schritten kalkulierbare Belastung des Energieverbrauchs
Steuer auf Mineralölprodukte, Erdgas, Strom
Förderung von regenerativen Energieträgern
Idee wird schon in GB praktiziert
Luftverkehr von Ökosteuer befreit

Kritik:

Senkung der Lohnnebenkosten haben keine belebende Wirkung auf den Arbeitsmarkt hinterlassen
Es werden nur Endverbraucher getroffen → Verursacherprinzip
Indirekte Steuern wirken degressiv (soziale Ungerechtigkeit vor allem für Erwerbslose)

ADAC -Modell:

Steuer soll sich nach den CO₂ -Emissionen (Kraftstoffverbrauch) der Fahrzeuge richten, gilt nur für Neuwagen

Umweltanreize für Neuwagenkäufer
Einfach, transparent
Steuerfreiheit für Fahrzeug mit 100g Co2/km oder weniger

Global Governance:

Politik des 21. Jahrhunderts
Realistische Antwort auf die Globalisierung
Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren von der lokalen bis zur globalen Ebene
Akteure müssen auf allen Ebenen zusammenarbeiten
Probleme: Treibhauseffekt, Migration, Massenvernichtungswaffen → für diese Probleme ist der Nationalstaat zu klein
Internationale Kooperation, Nationalstaat bleibt trotzdem zentrale Regelungsebene
Problem: Zusammenarbeit, USA → Alleingang (Kyoto -Protokoll)
Fortschrittlichste Modell für die Zusammenarbeit von Staaten → Europäische Union